

Adresspondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 13. Juli 1932

Nummer 56

Gewerkschaftliche Kapitalfehlleitung?

Die Ausgeburt einer solchen Begriffsvergewaltigung hat uns in der Zeit des überfüllten und demagogischen Kampfes gegen die Gewerkschaften gerade noch gefehlt. Daß die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in ihrer Nummer 53 vom 5. Juli einem Artikel Raum gibt, in dem unter Zuhilfenahme der Zulihse ein derartiger Blödsinn ausgebrütet wird, hätte man selbst bei aller Abneigung gegen die Gewerkschaften von ihr nicht erwarten sollen. Denn ganz darf schließlich auch ein Unternehmerorgan die Logik nicht auf den Kopf stellen. Und wenn einmal einem gelegentlichen Mitarbeiter die Begriffe der Volkswirtschaft etwas durcheinandergehen, dann sollte man zumindest von einer gewissenhaften Schriftleitung erwarten dürfen, daß sie hier eingreift und einen so offensichtlichen volkswirtschaftlichen Blödsinn richtigstellt. Denn den ernsthaften Volkswirtschaftler müßten wir sehen, der einen Kampf- oder Unterstützungsfonds einer wirtschaftlichen Vereinigung als eine Kapitalfehlleitung zu bezeichnen wagt.

Aber darum handelt es sich in dem von Herrn Niemiß aus Oranienbaum gezeichneten Artikel nicht allein. Ihn beschäftigt auch eingehend die Herkunft der Gelder, die von unsern Kollegen als Gewerkschaftsbeiträge gezahlt werden. Von wo die Gelder nach seiner Meinung kommen, läßt schon die verächtliche Frage vermuten: „Wer trägt die Opfer der Krise? Buchdruckerverberber oder Gewerkschaft? Wer nun etwa meint, daß die Gewerkschaften die bisherigen Opfer der Krise getragen haben, der irrt sich ganz gewaltig. Herr Niemiß steuert auf ein ganz anderes Ziel los. Er geht von der höchst unangenehmen Erinnerung aus, daß den Prinzipalsvertretern bei den letzten Tarifverhandlungen von den Gehilfenvertretern mehr als einmal bedeutet worden ist, welche großen Mittel die Gewerkschaften seit langer Zeit aufwenden, um die Not zu lindern, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen ist. Und obwohl er versichert, daß seine Ausführungen in keiner Weise die hoch anzuerkennenden Verdienste schmälern sollen, die sich die Gewerkschaften um ihre in Not befindlichen Mitglieder und damit zugleich um das Buchdruckergewerbe erworben haben, schlägt er sich, diese wenigen Worte ausgenommen, fortgesetzt selbst ins Gesicht, nur, um zu einer krampfhaften Konstruktion zu kommen, vermittels der er sich an unserer Organisation und darüber hinaus an den Gewerkschaften im allgemeinen reiben kann. Denn wenn er die Leistungen unserer Organisation wirklich so hoch anerkennt, wie wir es aus seinen Zeilen entnommen haben, dann wäre sein ganzer Artikel überflüssig gewesen. Worauf es ihm ankommt und womit er sich gleichzeitig bemüht, die Leistungen der Organisation herabzusetzen und zu verkleinern, beweist uns seine zweite Frage: „Woher stammt die Eiserne Front?“ Und die Antwort, die er sich selbst auf diese Frage gibt, beweist, daß wir den Vogel erkannt haben. Er erklärt, daß die Gewerkschaften gar kein Recht haben, den Unternehmern entgegenzuhalten, welche großen Aufgaben sie am Buchdruckergewerbe erfüllen. Denn, und das ist so geistreich wie seine spätere Entdeckung der gewerkschaftlichen Kapitalfehlleitung, die Eiserne Front ist doch nur die Mittel, die für Unterstützungszwecke von den Mitgliedern bei ihnen eingezahlt wurden. Wirklich geistreich! Auch um dieser Feststellung willen hätte der Artikel nicht geschrieben werden brauchen. Was will aber der Mann nun eigentlich, woraus erklärt sich sein großes Interesse an unsern Unterstützungseinrichtungen, die doch die Unternehmer gar nichts angehen? Woher weiß der Mann so gut in unserer

Gewerkschaft Bescheid? Das wollen wir erst einmal zwischenhaften.

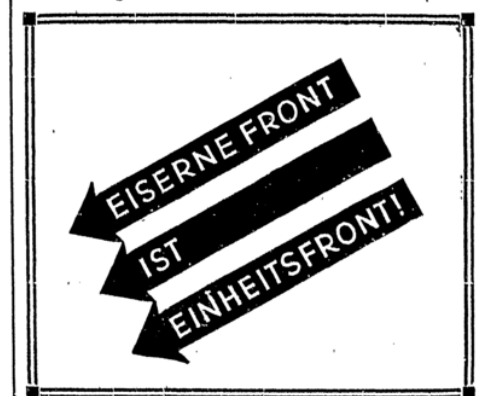
Herrn Niemiß in Oranienbaum werden außer den wenigen bei ihm Beschäftigten Gehilfen nur wenige in Deutschland kennen. Daraus kann man ihm gewiß keinen Vorwurf machen. Aber um so besser kennen ihn unsere Gehilfenvertreter aus den Tarifverhandlungen, wo beflagtem Herrn Niemiß immer die besondere Aufgabe obliegt, den Gehilfenvertretern in steinerweichenden Ausführungen die Nöte des kleinen Provinzdruckers darzulegen und daran zu beweisen, wie schlecht es den Unternehmern im allgemeinen geht, und wie wenig ein Gehilfe Ursache hat, sich in die Haut eines so geplagten Druckereibesetzters hineinzusehen. Aber auch das muß ja schließlich von einem der Unternehmer vorgetragen werden. Warum es aus seitens dieses Herrn immer unangenehm berührt, das ist darauf zurückzuführen, daß er auch einmal als Maschinenfeger Mitglied unserer Organisation war und durch seinen Aufstieg zum Druckereibesitzer so ganz und gar vergessen hat, daß er als Gehilfe auch immer an guten tariflichen Verhältnissen und nicht zuletzt an einem möglichst hohen Aufschlag für die Maschinenfeger sehr stark interessiert war. Als er bei den letzten Tarifverhandlungen von dem dafür zuständigen Spartenvertreter an diese absolut lobenswerte Tatsache erinnert wurde, war ihm das sehr peinlich, und er verschlummerte seine Lage noch dadurch, indem er erklärte, daß er nie nur für den Tarif gearbeitet hätte, daß er als Qualitätsarbeiter immer einen höheren Lohn beansprucht habe. Das ist Herr Niemiß. Davon gibts natürlich mehr. Heute kann ihm der Tarif nicht niedrig genug sein, bloß weil er inzwischen Buchdruckereibesitzer geworden ist, und besondere Entschädigungen für die doch sicher auch heute noch vorhandenen Qualitätsarbeiter werden mit dem Hinweis auf die Not des Gewerbes abgelehnt. Das liegt mit dem Wirken der Syndikali und Schlichter in einer Linie. Alles was auf Grund einer beruflichen Stellung über der Arbeiterschaft steht, macht sich das Recht an, dem Arbeiter seine Lebenslage zu eigenen Gunsten zu verschlechtern, auch wenn man sich zuvor selbst einmal in der Lage des Arbeiters befunden hat. Die Satten sind zum Richter über die Hungerigen geworden. Daß aber auch das einmal ein Ende nehmen wird, das mögen sich diese Nutznießer unserer Arbeit gefallt sein lassen.

Und nun zu dem, was uns Herr Niemiß weiter in seinem Artikel zu sagen hat. Weil also die Gehilfenvertreter im Laufe der letzten Tarifverhandlungen mehr als einmal auf die sozialen Leistungen der Organisation in der Wirtschaftskrise hingewiesen und damit die Unternehmer in ihrer sozialen Einstellung beschämt haben, deshalb greift er als ehemaliger Kollege in unser Unterstützungswesen hinein und versucht, im Gegensatz zu seinen einseitigen Versicherungen, daß sich die Gewerkschaften um ihre Mitglieder und das Gewerbe hoch anzuerkennende Verdienste erworben haben, die Leistungen zu verkleinern oder ihnen ein andres Gesicht zu geben. Welchen Schaden die Organisation mit ihren Unterstützungen dem Gewerbe zugefügt haben soll, das sagt uns Herr Niemiß in folgenden Ausführungen, die man wörtlich genießen muß:

Die Organisation hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, erhebliche Geldmengen in Form von wöchentlichen Beiträgen aus dem Gewerbe herauszunehmen, sie hat auf diese Weise nicht wenig dazu beigetragen, daß die Blutleere eintreten mußte, die es heute dem einzelnen Betriebsinhaber nicht mehr möglich macht, seiner Belegschaft über Zeiten schlechter Beschäftigung noch in der Weise hinwegzuhelfen zu können, wie es in früheren Zeiten

in diesem jesuitischen Erguß können die Kollegen einmal ermessen, was sich die Gehilfenvertreter in Verhandlungen alles mit anhören müssen, ohne die Möglichkeit zu haben, solchen Unterhändlern die Mappen vor die Füße zu werfen. Weil sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in ihrer Organisation vor den Nöten des Lebens zu schützen suchen, und damit das selbe tun, was auch die Unternehmer durch ihre Organisation zu erreichen suchen, macht sich dieser Herr an, den Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß sie erhebliche Geldmengen aus dem Gewerbe herausgezogen haben. Wenn das richtig wäre, dann wären die Unternehmer berechtigt, dem Arbeiter jeden Versicherungsabschluß und jede Lebensbetätigung als einen Diebstahl am Vermögen des Unternehmers vorzuwerfen. Daß der Arbeiter solche Beiträge von seinem Lohn bezahlt und daß gerade umgekehrt der Unternehmer derjenige ist, der auf Kosten des dem Arbeiter vorenthaltenen Mehrverdienstes seine Organisationsbeiträge bezahlt und dazu ein angenehmes, zum mindesten angenehmeres Leben als der Gehilfe führt, das scheint den Herren so selbstverständlich zu sein, daß sie die Unverschämtheit, die in solchen Ausführungen liegt, überhaupt nicht mehr bemerken. Und wenn Herr Niemiß behauptet, die Gewerkschaften hätten zu einer gewissen Klutere im Gewerbe nicht wenig beigetragen, so hat er in seinen weiteren Ausführungen selbst bewiesen, daß diese Blutleere zwar nicht im Gewerbe, scheinbar aber bei gewissen Vertretern desjenigen vorhanden ist. Die Arotoblisträren, die der Artikelschreiber darüber vergißt, daß die Prinzipale, wieder durch die Schuld der Gewerkschaften, heute nicht mehr in der Lage sind, die Belegschaft über Zeiten schlechter Beschäftigung hinwegzuhelfen, sind angesichts des Verhaltens des gesamten Unternehmertums so zum Lachen reizend, daß sie bei unsern Kollegen ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Weiß Herr Niemiß nichts davon, daß in seiner eignen Organisation sogar Beschlüsse gefaßt worden sind, die dahin gingen, alles überflüssige Personal auf die Straße zu schmeißen? Hat daran auch die böse Gewerkschaft schuld? Die Ursache des ganzen demagogischen Gesammers ist doch nur die Not, daß die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften davor geschützt sind, für jeden Lohn und zu allen Arbeitsbedingungen den Unternehmern in die Betriebe kriechen zu müssen. Wehe, wenn es so wäre! Die Angriffe des Unternehmertums auf den Lohn und die Tarifverträge in den letzten Jahren haben gezeigt, was die Arbeitererschaft zu erwarten hätte, wenn sie den Unternehmern auf Geheiß und Verberb ausgeliefert wäre.

Aber es kommt noch schöner. Die Gewerkschaftsbeiträge liegen dem Herrn in der richtigen Erkenntnis, daß darauf und auf dem festen Zusammenschluß der Arbeiter die Kraft der Organisation beruht, schwer im Magen. Muß er sich schon damit abfinden, daß der Beitrag ein vom Arbeiter verdienter Teil seines



Lohnes ist, über den er schon dem Arbeiter das Ver-
fügungsrecht überlassen muß, dann versucht er doch
wenigstens nachzuweisen, daß an den Beiträgen ge-
messen der Lohn stets zu hoch war. Auch das mögen
unser Kollegen wörtlich genießen:

Waren es im Buchdruckgewerbe besonders nicht e n t-
schädliche Teile des Lohnes, die die Mitglieder
Woche für Woche ihren Organisationen aushändigten?
Es waren durch den Kampf um die Höhe des Lohnes
mit erzwungene Anteile, die eine ganz außer-
ordentliche Höhe erreichten und vom Lohnempfänger
von vornherein so angesehen wurden, als gehörten ihm
diese Beiträge ebensowenig wie die Abzüge, die der
Arbeitgeber auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen
einzubehalten hatte. Diese allgemein gültige Anschauung
über den Charakter der Verbandsbeiträge ist das be-
zeichnende Merkmal dafür, ob die heute an die Arbeits-
losen zurückzuführenden Mittel Opfer sind, die das
G e w e r b e hat aufbringen müssen oder ob das einzelne
Mitglied der Gewerkschaften sich in guten Zeiten w i r t-
l i c h Opfer auferlegt hat.

Das ist nicht übel. Während er also der Gewerk-
schaft den Vorwurf macht, daß sie erhebliche Geld-
mengen aus dem Gewerbe herausgenommen habe,
wird nun die Frage aufgeworfen, ob die Beiträge
nicht entschädliche Teile des Lohnes waren, die im
Kampf um die Höhe des Lohnes mitbestimmend ge-
wirkt haben. Und schließlich verfährt er wieder in den
Wahn, daß es ja gar keine Opfer seitens der Gewerk-
schaftsmitglieder gewesen sind, daß in Wirklichkeit
das Gewerbe die Opfer hat aufbringen müssen. Daß
es aber Opfer der Mitglieder selbst gewesen sind,
daß uns Herr Niemitz schon glauben, das beweist auch
die Tatsache, daß die Mitglieder in den heutigen
schweren Zeiten in weit stärkerem Maß zur Soli-
darität gegenüber den Opfern der Krise herangezogen
werden, während die Unternehmer sich den Dreck
darum kümmern. Aber noch kein Mitglied hat der
Organisation erklärt, daß es diese Opfer nicht gern
bräuhle. Also an der Solidarität der Buchdrucker,
Herr Niemitz, gibt es nichts zu rütteln. Und nochmals
nachzuweisen, daß die Beiträge von dem verdienten
Lohn des Arbeiters, nicht aus der Privatkassette des
Herrn Bg. Arbeitgeber bezahlt werden, erscheint uns
überflüssig. Der ganze Gedankengang des Artikels
schreibers ist so erzeaktionär, daß es unzumutbar
wäre, darüber weitere Darlegungen zu machen. Aus
seinen Ausführungen wird die Arbeiterchaft des
Buchdruckergewerbes in der ohnehin schon vorhandenen
Erkenntnis gestärkt werden, daß es Zeit ist, solchen
Arbeitgebern gegenüber so wenig wie möglich zu v e r-
handeln, sondern zu h a n d e l n. Wenn die Nach-
kriegsjahre die Arbeiterchaft in ihrem freien Handeln
mehr oder weniger gesemmt haben, so mögen sich
Unternehmer vom Schlage eines Herrn Niemitz gesagt
sein lassen, daß die Erde rund ist, daß der, der sich heute
oben fühlt, morgen schon unten liegen kann. Und wenn
die Unternehmer vom Schlage des Herrn Niemitz etwa
im Hinblick auf die Gestaltung der politischen Ver-
hältnisse in Deutschland Morgenluft wittern und
glauben, in dieser Hoffnung schon jetzt in der an-
gezeigten Richtung gegen die Gewerkschaften vorstoßen
zu können, dann möchten wir nur zur Vorsicht mahnen.
Die ungeheure Macht der 21 Millionen arbeitender
Menschen in Deutschland wird dafür sorgen, daß auch
die Bäume reaktionärer Buchdruckereibesitzer nicht
in den Himmel wachsen.

Die geistreichste Pointe des Artikels liegt aber in der
Behauptung von der gewerkschaftlichen Kapitalfeh-
leistung. Die Entdeckung ist gar nicht mit Geld zu be-
zahlen. Versuchen wir uns einmal in dem Gedanken-
gang des volkswirtschaftlichen Buchdruckereibesitzers
hineinzuversetzen. Das mag manchem Kollegen gar
nicht so leicht werden. Schließlich sind wir ja auch nicht
alle aus Oranienbaum. Von dem den Prinzipalen ge-
machten Vorwurf der Kapitalfchleistung ausgehend,
befragt sich unser „Volkswirtschaftler“ zunächst darüber,
daß es den Gewerkschaften in guten Zeiten möglich
war, „Milliarden beträge vom Lohn
ihrer Mitglieder für sich abzuzweigen“. Und dann kommt die entscheidende Frage, durch die
die gewerkschaftlichen Kapitalfchleistungen „wissen-
schaftlich“ durchleuchtet und in ihrer ganzen Bedeutung
erkennbar gemacht werden. Sie lautet: „Trug denn
die gewerkschaftliche Geldanhäufung
überhaupt noch den Charakter eines
Unterstützungsfonds?“ Und so geistreich
wie diese Frage ist, so geistreich ist auch die Antwort,
die er sich selber gibt, und die wir wieder wörtlich
genießen wollen:

Der Hauptzweck war längst schon zum Nebenzweck ge-
worden! Ein gewerkschaftlicher politischer
Kampffonds war entstanden, aus dem man die
Unterstützungsgelder mißlos entnehmen konnte. Man
sprach zwar immer nur von sozialer Fürsorge, aber dabei
kam niemals ernsthaft daran, daß eine solche wirklich
einmal in so weitgehender Weise verwendet werden könnte.
Darüber hinaus hatte sich die Gewerkschaft in Sicherheit
gemiegt, weil die vorhandenen Mittel in ihrer Doppel-



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Wilschke in Hannover
Eingetretten: 10 April 1882 — Jetzt Junaldir



bedeutung einen starken Rückhalt für gewerkschaftliche
Kämpfe bildeten, der den Machtwillen immer größer
werden ließ, und hierin liegt die zweite Auswirkung
einer verhängnisvollen Kapitalfchleistung, mit der wir
es hier zu tun haben.

Selbstverständlich sind die gewerkschaftlichen Bei-
träge nicht nur zum Zweck der Unterstützung der Mit-
glieder erhoben worden. Und noch niemals haben die
Gewerkschaften nur von sozialer Fürsorge gesprochen.
Im Gegenteil. Die Beiträge zur Gewerkschaft sind von
der Stunde ihrer Gründung an K a m p f b e i t r ä g e
zur Erbringung besserer Lohn- und
Arbeitsverhältnisse und zur Abwehr
reaktionärer Unternehmerangriffe
gewesen. Wenn die Unterstützungseinrichtungen
der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Wirtschafts-
krise eine stärkere Inanspruchnahme als in normalen
Wirtschaftszeiten erfahren, so stehen wir nicht an, zu
erklären, daß deshalb die soziale Fürsorge dennoch
nicht Selbstzweck, sondern Nebenzweck der gewerk-
schaftlichen Beitragserhebung und des gewerkschaft-
lichen Zusammenschlusses gewesen ist und bleiben wird.
Wenn der Artikelschreiber aus durchsichtigen Gründen
von einem gewerkschaftlich-politischen Kampf-
fonds selbst, so möchten wir ihn nur darauf aufmerk-
sam machen, daß wir in der Arbeiterbewegung selb-
ständige gewerkschaftliche und politische Organisa-
tionen haben. Die Arbeiterchaft hat sich nicht, wie das
Unternehmertum, wirtschaftlich zusammengeschlossen,
um unter diesem Deckmantel hohe Politik zu machen.
Herr Niemitz kennt den Einfluß des Unternehmertums
besonders auf die gegenwärtige Reichsregierung
sehr genau. Er sollte hier nicht die Begriffe ver-
wechseln. Das ist ihm nach anderer Seite hin in seinem
Artikel ohnehin schon zur Genüge „gelingen“.

Womit er aber den Nachweis für gewerkschaftliche
Kapitalfchleistungen erbracht haben will, ist uns bis-
her schleierhaft geblieben. Wir müssen demgegenüber
schon noch einmal auf unsere eingangs gemachte Be-
merkung zurückgreifen und sagen, daß uns ein größerer
Anspruch noch nicht vorgekommen ist.

Könnte er aber an der Tatsache, daß die Gewerk-
schaften Beiträge zu Kampf- und Unterstützungszwecken
erheben, nicht den Nachweis für gewerkschaftliche
Kapitalfchleistungen erbringen, so liegt in dem
müßigen Versuch doch eine Absicht, die recht deut-
lich erkennen läßt, worauf es dem Artikelschreiber an-
scheinend überhaupt nur ankommen ist. Er wollte
den Vorwurf kapitalistischer Fchlei-
tungen auf die Gewerkschaften über-
tragen! Das ist ihm mehr als kluglich mißlungen.

In welcher bedrückten Stimmung muß sich doch das
Unternehmertum befinden, wenn es zu dem plumpen
und wider sinnigen Versuch greift, die gewerkschaft-
lichen Mittel als Kapitalfchleistungen zu bezeichnen,
um dadurch die Effektivität von der Verschleuderung
des in den Betrieben festgefahreten Kapitals, das
doch wohl unter den Begriff Fchleistungen fällt, ab-
zulenkten. Wenn die Unternehmer glauben, durch
solche Mäßen die Effektivität von ihrer eignen
Mißwirtschaft ablenken zu können, dann dürften sich
die Gewerkschaften künftig weit mehr gezwungen
fühlen, auf die Verschleuderung soltbaren Volksgutes
durch die kapitalistischen Wirtschaftsführer hinzu-
weisen, als es ohnehin bisher schon geschehen ist. Denn

nicht die Unterstützungsgelder der Gewerkschaften, die
immer wieder in die Wirtschaft zurückgeflossen sind
und dadurch zu ihrer Belebung beigetragen haben,
sind schuld an dem Produktions- und Konsumrück-
gang, sondern die Mißwirtschaft des Unternehmertums
und ihre leider viel zu erfolgreiche Drosselung
des Volkseinkommens, das die wesentlichste Ursache
der Wirtschaftskrise ist.

Wenn will denn der Artikelschreiber dumm machen,
wenn er zur Entschuldigung für die Flucht in die
Sachwerte schreibt:

Wenn Kapitalmengen wirklich unzuweckmäßig
in unseren Betrieben festgelegt sein sollten, so
ist damit die Leistungsfähigkeit des Gewerbes unterbaut
worden, die früher oder später gewinnbringend für die
Allgemeinheit in Erscheinung treten muß und auf jeden
Fall dem für uns arbeitenden Maschinenbauer, Schrift-
gießer usw. die Möglichkeit gab, an einer weiteren Ent-
wicklung des Gewerbes zu arbeiten.

Nicht um die Leistungsfähigkeit des Gewerbes zu
unterbauen und um den genannten Berufsgruppen
Gelegenheit zu weiterer Entwicklung des Gewerbes
zu geben, hat man die Kapitalisten in die Betriebe ge-
steckt, sondern um sein Schäfchen ins trockne zu brin-
gen. Das soll hier einmal ganz deutlich ausgesprochen
werden. Und wenn weiter auf eine frühere oder
spätere Nutzbarkeit der ausgeblähten Betriebe hin-
gewiesen wird, so sind das bei dem heutigen Stand
der Technik nichts weiter als Illusionen, womit man
wohl auf Dumme, nicht aber auf denkende Menschen
Eindruck machen kann.

Kapitalfchleistungen fallen unter den Begriff un-
wirtschaftlicher Ausgaben. Dahin gehören alle Zu-
sammenbrüche von Bank- und Industrieunternehmungen,
wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben.
Dahin gehört auch die Flucht in die Sachwerte, die
zwar zur Aufbahrung der Betriebe, nicht aber zu einer
Produktionsvermehrung geführt hat. Am nur ein
Beispiel von vielen Kapitalfchleistungen anzuführen,
verweisen wir auf die Waldburger Stichtoffwerke,
die vor wenigen Jahren nach den modernsten Metho-
den für die ungeheure Summe von 21 Millionen
Mark erbaut wurden. Dieser Tage sollten die Werke
versteigert werden. Nach einer einständigen Warte-
zeit lag ein einziges Angebot, und zwar in Höhe von
500 000 Mark vor. Die Gegenüberstellung der
Summen, 21 Millionen Mark und 500 000 Mark sind
der schlagendste Beweis dafür, was man unter Kapi-
talfchleistungen zu verstehen hat. —

Zum Schluß noch beklagt sich Herr Niemitz bitter
darüber, daß die Gewerkschaften das früher so an-
genehme (!) Verhältnis zwischen Arbeitgeber und
Arbeiter grausam zerstört hätten. Tantenweisheit
aus der guten alten Zeit! Weil sich die Arbeiter zu-
sammengeschlossen haben, so wie es auch Herr Niemitz
einmal getan hat und heute noch, allerdings auf
der Gegenseite, tut, weil die Arbeiter nicht von der
Gnade ihrer „Arbeitgeber“ abhängig sein, sondern
über ihre Arbeitsverhältnisse mitbestimmen wollten,
deshalb haben die Gewerkschaften, und das sind doch
wohl ihre gesamten Mitglieder, Mißtrauen zwischen
sich und ihren Arbeitgebern gefst. Den Schmerz wer-
den die Arbeiter in Würde zu ertragen wissen. Sollte
aber Herr Niemitz mit den Gewerkschaften, die sich
„in das Vertrauen der Mitglieder eingeschmeichelt“
haben, die führenden Männer unrer Organisation
gemeint haben, dann würden sich diese sein Urteil zur
Ehre anrechnen. Sie werden genau wie Herr Niemitz
und seine mißführenden Kollegen im DVB, weiter für
die Interessen ihrer Kollegen eintreten. Sollte aber
die Arbeiterchaft dadurch sich weiter die Gunst der
Unternehmer verschmerzen, so glauben wir, daß sie
darauf im Austausch gegen gute Lohn- und Arbeits-
verhältnisse gern verzichten würde. Schließlich aber
sei allen Tanten aus der guten alten Zeit gesagt, daß
die Zeit der Harmoniebulerei, die sich nur auf Kosten
der Arbeiter erhalten konnte, ein für allemal vor-
über ist. Die heutige moderne Arbeiterbewegung weiß,
daß es einen Ausgleich zwischen Ausgebeuteten und
Ausbeutern nicht gibt. Ihr Kampf geht nicht mehr
um Lohn- und Arbeitsbedingungen allein, er geht um
die Gleichberechtigung des schaffenden Menschen in
Staat und Gesellschaft, und zwar einer Gesellschaft, in
der der Wert der Arbeit und nicht Besitz und Her-
kommen ausschlaggebend sind.

Wenn bis zur Erreichung dieses Zustandes zwischen
den Organisationen der Arbeiter und der Unter-
nehmer noch über Lohn- und Arbeitsbedingungen
verhandelt werden muß, dann dürfte man zur Auf-
rechterhaltung eines die gegenseitige Achtung nicht
ausschließenden Verhältnisses gut daran tun, sich im
besseren Sinne als im Artikel des Herrn Niemitz mit
den Gewerkschaften auseinanderzusetzen. Daß die Lei-
tung unrer Organisation keine sachlichen Ausein-
andersetzungen mit der Gegenseite scheut, hat sie in
den vielen Verhandlungen hinreichend bewiesen.

„Untergang am Überfluß“

Die Nationalsozialisten operieren mit dem Sloganwort, daß an allem Elend der Arbeitslosigkeit und an der Not der Landwirtschaft die Sozialdemokratie — oder, wie es in ihrem Jargon heißt: die „marxistische Mißwirtschaft“ — die Schuld trägt. Sägt man ihnen vor, daß in Amerika, wo der Kapitalismus durch keinerlei „marxistische“ Einflüsse gehemmt wird, die Not in Stadt und Land sogar noch viel schlimmer wüthet als in Deutschland, dann helfen sie sich mit ebenso dummen wie dreisten Antworten aus ihrer Verlegenheit; so z. B. ein führender Nazi-Abgeordneter im preußischen Landtag, der auf einen solchen Zwischenruf nichts Gescheiteres zu erwidern wußte als: „Wir leben hier in Deutschland und uns interessiert nur Deutschland; wenn Ihnen Amerika mehr am Herzen liegt, dann wandern Sie dorthin aus.“

Gegen eine solche blöde Antwort läßt sich in der Tat schwer ankämpfen. Aber da man trotz alledem hoffen muß, daß ein Teil sogar der nationalsozialistischen Wählererschaft geistig noch nicht völlig auf den Hund gekommen ist, dürfen wir nicht mißbe werden, die Menschen darüber aufzuklären, daß nicht der Sozialismus und auch nicht der „Marxismus“, sondern ausschließlich der Kapitalismus die Schuld an der Wirtschaftskrise und ihren Folgen trägt und daß diese Krise gerade in den Ländern am furchtbarsten wüthet, in denen die sozialistische Bewegung am schwächsten ist und die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich am meisten ungehindert entwickelt hat, also vor allem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Da ist, gerade zur rechten Zeit, ein Buch im Verlag Ullstein erschienen „Amerika, Untergang am Überfluß“, dessen Verfasser H. E. Fohman ein junger, schriftstellerisch sehr begabter Reichsberichterstatler der „Völkischen Zeitung“ ist, dessen frühere Schilderungen aus der Sowjet-Union, Kanada und der USA. bereits in den vergangenen Jahren starkes Aufsehen erregten. Sein neues Buch ist die furchtbarste Anklage gegen die kapitalistische Mißwirtschaft, die nur auf Profit ausgeht und die in ihrer Kurzsichtigkeit, Engstirnigkeit und Brutalität innerhalb weniger Jahre aus dem vielbesungenen Land der „Prosperität“ einen ökonomischen Trümmerhaufen gemacht hat.

Als im Sommer 1930 frisch erhöhte Ackerer in Ost-Texas sich als die größten, reichsten und hochwertigsten der Erde erwiesen, wurde wie im Taumel draußengehört. Die Produktion, die dort behördlich festgelegt wurde, erhöhte sich von August 1930 bis April 1931 von 90 000 auf 150 000 Barrels (Fässer) täglich (ein Barrel = 163,5 Liter), stieg dann im Mai 1931 auf 298 000 Barrels, und als die Behörde unter dem Druck der Unternehmer die „erlaubte“ Quote auf 100 000 festsetzte, betrug sie praktisch bereits 330 000 Fässer täglich. Anfang Juli wurde die Quote bereits auf 250 000 Fässer erhöht, aber in Wirklichkeit ging die Produktion in der ersten Augustwoche auf 600 000, in der zweiten auf 853 000 und in der letzten Augustwoche auf 940 000 Barrels Tagesdurchschnitt!

Vor Beginn dieses Taumels hatte der Preis für Rohöl 0,59 Dollar pro Faß betragen. Natürlich sank er dann entsprechend auf 0,10 und sogar 0,05 Dollar. Die ganze Geschichte endete schließlich damit, daß der Gouverneur von Texas Kavallerie in das Produktionsgebiet einrückte und die gesamten Erden schloß, obwohl das Bundesgericht entschied, daß die „freie Produktion“ unangefastet bleiben müsse. Dabei haben die Geologen festgestellt, daß in zehn bis fünfzehn Jahren dieses reichste Ölfager der Erde leergepumpt sein wird — was freilich bei diesen kapitalistischen Raubbaumethoden kein Wunder wäre. Der Verfasser schließt dieses Kapitel seines Buches mit den Worten, die stärkste Rechtfertigung des neuen sozialistischen Wirtschaftsprogramms der deutschen Gewerkschaften bilden: „Eine sinnvolle Verwaltung der Erdoerschütterer ist, wie an einem Beispiel, dem „Ölkrieg“ in Texas, gezeigt wurde, heute anscheinend nur noch durch die Gesellschaft oder den Staat möglich.“

Daß es den Landwirten in der USA. und in Kanada noch viel schlechter geht als in Deutschland, trotzdem — oder vielmehr weil — dort der Kapitalismus in Reinkultur „gedeiht“, ergibt sich ebenfalls aus andern Kapiteln dieses aufschlußreichen Buches. Je besser die Ernte, desto größer das Elend der Farmer, weil die Preise ununterbrochen sinken: Der Betrag, den der kanadische Farmer im Durchschnitt aus einem Acre = 0,4 ha im Jahre 1930 herauswirtschaften konnte, betrug 5,83 Dollar. Er betrug aber im Jahre 1929 = 4,82 Dollar, im Jahre 1928 = 16,84 Dollar, im Jahre 1927 = 18,60 Dollar.

Von 1925, wo der Preis für den Bußel Weizen = 36,3 Liter noch 1 Dollar betrug, ist er jetzt auf 0,5 bis 0,6 Dollar gesunken. Die Folge war, da Kanada das größte weizenproduzierende Land der Welt ist, daß überall, natürlich auch in Deutschland, die Getreidepreise entsprechend sanken. Hier aber werden die Bauern durch die Fiskusentlastung gegen die „marxistische Mißwirtschaft“ aufgeputzt, und es wird ihnen eingeredet, daß die Sozialdemokratie an ihrer Not schuld ist, während das Übel von den rein kapitalistischen Ländern der Neuen Welt ausgegangen ist und nur von dort aus auf die Dauer wirksam bekämpft werden kann. Noch schlimmer als den Weizenfarmern ergreift es den Raumbollplantagenzüchtern, zumal es meist Neger sind, für die sich die Regierung nicht einsetzt.

Das erschütterndste Kapitel des Johannsen Buches schildert das Elend der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Es beginnt mit den Worten: „Niemand weiß, wie viele es sind, niemand weiß, wovon sie leben, niemand weiß, wo sie wohnen, niemand weiß, ob sie jemals noch etwas verdienen werden.“

Die Zahl dieser Arbeitslosen in den USA. kann nur geschätzt werden, weil es in diesem Land, das nach dem Ideal Jugenbergs und Hitters frei von „marxistischen Einflüssen“ keine Arbeitslosenunterstützung, insobedessen auch keine amtliche Statistik gibt. Als zuverlässige Schätzung bezeichnet der Verfasser die Zahl von 12 bis 13 Millionen. Er läßt dann ein Dutzend von Erwerbslosen verschiedenster Abstammungen und in den verschiedensten Gebieten selbst zu Wort kommen und ihr Schicksal schildern. Diese Darstellungen sind geradezu grauenerregend. Sie geben einen Vorgeschmack dessen, was den Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft auch in Deutschland blühen würde, wenn nach der Forderung der Herren von Papen und Genossen, daß „der Staat keine Wohlfahrtsanstalt“ sein dürfe, auch bei uns die Arbeitslosen ihrem Schicksal und der privaten Wohlfahrtspflege überlassen bleiben. Dennoch wird in der amerikanischen Textilindustrie 10 bis 12 Stunden tägliche Arbeitsleistung verlangt. Dennoch werden Hunderttausende von Litern Milch ins Meer geschüttet und 60 000 frische Eier auf einmal vernichtet, um die Preise zu „halten“ — während die Kinder von Arbeitslosen seit Jahr und Tag keine Milch mehr gesehen haben.

Das ist kapitalistische Wirtschaft! Das ist es, wofür alle jene verantwortlich sind, die gegen den „Marxismus“ bekämpfen und Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse erlassen.

Das Genossenschaftswesen

Die internationale Genossenschaftsbewegung

In einer wirtschaftlichen Notperiode, wie sie die Welt noch nie erlebt hat, erscheinen die Genossenschaften in einem ganz besonderen Licht. Nicht, als ob sie unberührt geblieben wären und bleiben könnten von dem ungeheuren Wirral, das im kapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinem gewalttätigen Austrag nationalwirtschaftlicher kapitalistischer Interessengegenstände seine erste und letzte Ursache hat. Aber als weiterhin leuchtendes praktisches Vorbild, welches die Grundlage einer national und international werdenden Planwirtschaft bildet, dem alle Merkmale verderblicher Zucht und Profitwirtschaft fehlen. Und damit auch die Elemente einer unmoralischen Wirtschaftsführung, die im Gewinn am Dritten eine fittliche Potenz der Wirtschaftskultur erblickt. Woran sie nun auch gescheitert ist, oder scheitern wird.

Die internationale Genossenschaftsbewegung ist zusammengefaßt in der weltumspannenden Organisation des Internationalen Genossenschaftsbundes, der in London seinen Sitz hat und dem auch die deutschen Konsumgenossenschaften mit rund 3,7 Millionen Mitgliederfamilien angeschlossen sind. Kein Land der Welt fehlt in dieser internationalen Organisation, denn keines ist heute ohne Genossenschaften. Dies verleiht der genossenschaftlichen Selbsthilfeform auch ihre ungeheure wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Denn die internationale wirtschaftliche Massenorganisation zu bestimmtem Zweck, der im genossenschaftlich organisierten internationalen Güteraustausch wurzelt, bildet eine starke Zimpernderable der Völkerverständigung und des Völkerefriedens.

Die Gesamtzahl der Genossenschaften aller Art in 48 Ländern der Welt ist für das Jahr 1931 auf 383 600 berechnet mit rund 11,1 Millionen Mitgliederfamilien, wovon auf Rußland 11,600 Genossenschaften mit 61,4 Millionen Mitgliederfamilien entfallen. Da indes die russischen Genossenschaften nach ihrer Volkswirtschaft der Grundpfeiler der wirtschaftlichen Selbsthilfe nicht mehr entsprechen, sondern staatsbürokratisch zu bewerten sind, können sie nicht ohne weiteres in die Front der aus der eigenen Initiative der Bevölkerung entwickelten Wirtschaft der Genossenschaften eingereiht werden.

Die Konsumgenossenschaften, in 39 Zentralverbänden organisiert, zählen in über 40 000 Genossenschaften etwa 70 Millionen Mitgliederfamilien und ihr Eigenkapital ist auf rund 8 Milliarden Mark berechnet, womit ein Güterumschlag von 35 bis 40 Milliarden Mark und eine eigene Gütererzeugung von 3 bis 4 Milliarden Mark bewertet wird. Das Eigenkapital sämtlicher Genossenschaftsarten in der Welt ist auf 21,1 Milliarden Mark berechnet.

Die Zahlen zeigen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform bereits einen erheblichen Bruchteil der Weltwirtschaft kontrolliert, und ihre Bedeutung beruht darin, daß der exakte Beweis für die Zweckmäßigkeit einer aus der Wirtschaft selbst initiativ wachsenden und sich entwickelnden Planwirtschaft vorliegt. Von stärkstem Interesse dabei ist, daß die Genossenschaften aller Art durchweg Unternehmens- oder Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und der Arbeiter sind, daß also das eigene Betriebskapital von 21,1 Milliarden Mark (bei den Konsumgenossenschaften 8 Milliarden Mark) die Gespannisse der „kleinen Leute“ darstellen und keine Kapitalakkumulation aus Profit bedeuten. Das Vermögen der Genossenschaften dieser „kleinen Leute“ ist heute auf 5 Milliarden Mark berechnet, so daß Betriebskapital und Vermögen über 27 Milliarden (27 000 Millionen!) Mark betragen.

Um die ganze Größe der genossenschaftlichen Wirtschaftsform, als technisch und ökonomisch vollkommenerer Wirtschaftstypus gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu erfassen, muß man bedenken, daß sich dieselbe innerhalb der Privatwirtschaft und im Konkurrenzkampf mit ihr entwickelt hat. Und als klassisches Beispiel hierfür gilt die konsumgenossenschaftliche Bewegung Großbritanniens, welche mit ihren nahezu 7 Millionen Mitgliederfamilien (gegen nur 3,7 Millionen in Deutschland!) die Hälfte der Gesamtbevölkerung ihrem Wirtschaftsbereich angeschlossen hat, obwohl England das klassische Land des

Handels und der Industrie im Frühkapitalismus gewesen ist.

Diese internationale Wirtschaftsverbundenheit durch Genossenschaften mit gleicher Wirksamkeit und Zielsetzung im Wirtschaftlichen wie im Kulturellen hat in diesem Jahr am 2. Juli ihren ideologischen Ausdruck im Internationalen Genossenschaftstag, der in allen Ländern der Welt gleichzeitig begangen wird, als Symbol eines wirtschaftlichen und sittlich-kulturellen Daseinswunsches der Menschheit gefunden. Im Gegensatz zu dem heute wirtschafts- und kulturzerstörernden kapitalistischen Wirtschaftssystem, das seine kultur- und wirtschaftsfördernden Leistungen hinter sich hat und heute im Widerspruch steht zu den kulturellen Lebensinteressen der Menschheit. ff.

Korrespondenzen

Berlin. (Korrespondenz.) Am 12. Juni hielt der Berliner Korrekturenverein seine ordentliche Halb-jahresversammlung ab, in der vor allem vom Vorsitzenden Luge ein Überblick über die letzten sechs Monate gegeben wurde. In seinen interessanten und bemerkenswerten Ausführungen behandelte er die durch die Krise hervorgerufenen Arbeitslosigkeit, die sich in unserer Sparte in steigendem Maß bemerkbar macht. Von 160 eingetragenen Korrektoren gehören nur 88 unfr. Sparte an, ein Beweis für die Tatsache, daß alles, was in den Betrieben einmal eine leitende Stellung inne hatte, im Korrekturenberuf Existenzmöglichkeit sucht. Von den Abwahretreibungen der Unternehmer blieben auch wir nicht unberührt, und unfr. Korrekturen mußten in einzelnen Betrieben dem Zwang der Wirtschaftslage folgend Kürzungen der Löhne hinnehmen. Ein Streik durch die Mantelarbeitenverhandlungen befehlte die Gesamtsituation des Gewerbes. Durch interessante Themengestaltung zu den Versammlungen veranlaßt der Vorstand, der in der letzten Zeit angelegte Arbeit zu leisten hatte, den Kollegen den Versammlungszug lohnenswert zu gestalten, und die Steigerung der Durchschußzahl der Teilnehmer von 95 des vergangenen Jahres auf 103 in der Berichtsperiode bewies die Richtigkeit dieser Maßnahme. Auf den Mitgliedsbestand blieben die Zeitverhältnisse nicht ohne Einfluß, er ging von 403 am Jahresanfang auf 390 zurück. In zwei Versammlungen der Arbeitslosen wurden Nadweisanalysen vorgenommen. In der sechsten Aussprache, die manchmal ins politische Fahrwasser geriet, konnte man am Bericht des Kollegen Luge nichts auslesen und erkannte die Arbeit des Vorstandes an. Nach Erledigung von örtlichen Angelegenheiten und Bekanntgabe der nächsten Versammlung (11. September) schloß der Vorsitzende mit dem warmherzigen Appell an die Kollegenhaft: „Seid wascham!“

Braunschweig. (Drucker.) Zwecks Pflege des folgerichtigen Einverständnisses hielt der Verein Braunschweiger Drucker am 18. Juni eine Wanderversammlung in Wolfenbüttel ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Deichmüller fand im geschäftlichen Teil ein Rundreiben vom Verband zwecks Stellungnahme zum Hilfsarbeiterkonflikt und zur Streitarbeit besondere Aufmerksamkeit. Die Richtlinien liegen für uns im Tarif fest, in Zweifelsfällen soll sofort der Bezirksvorstand zugezogen werden. Zum abgehaltenen Erwerbslosenkongress gaben die Kollegen Brende, als spezieller Mitarbeiter, und Decker einen Bericht. Anschließend fand eine Ausstellung der gesammelten Arbeiten statt. Für den Herbst ist wieder ein „Arto“-Kongress vorgesehen. Der Kernpunkt des Abends war die Ausstellung von gesammelten Druckerarbeiten. In der Ausstellung war wohl alles vorhanden, was die Kollegen erzeugen konnte. Es schloß sich daran eine allgemeine Aussprache, in der besonders der Jellophantrieb in aufschaulicher Art an Hand von Drucken gezeigt wurde. Zum Schluß wurden einige Mitglieder der „Arto“ neugewählt und der Verband der von der Kunstgewerkschaft hergestellten Mappen beschlossen. Alles in allem war es ein gut gelungener Abend; — aber warum so wenige Kollegen aus Wolfenbüttel?

Düsseldorf. In unserer Monatsversammlung am 11. Juni wurde vom Vorsitzenden Zier über die Lage der Hilfsarbeiter berichtet. Während in einem Großbetrieb die Beschäftigten von den Hilfsarbeitern — die restlos unorganisiert sind — hingenommen wurden, gelang es in zwei weiteren Großbetrieben, die Einführung der „betrieblichen Pechung“ abzuwehren. Nur in dem herrschaftlichen Betrieb L. Schwann kam es zu Kompensationen. Es wurden von der Firma drei Hilfsarbeiter, die sich nicht mit den neuen Bedingungen einverstanden erklärten, schriftlos entlassen, die übrigen freigewerkschaftlich und schriftlich organisierten Hilfsarbeiter erklärten sich mit den drei fordernden und verlangten deren Wiedereinstellung. Die Firma lehnte dies ab, und nachdem sämtliche Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, erhielten am Freitag, dem 10. Juni, 36 Hilfsarbeiter die Papiere. Diese Situation gab Anlaß zu verschiedenen Fragen über das Verhalten der Druckerkollegen, alle Anfragen wurden ganz eindeutig geantwortet, da die Richtlinien des Verbandes in dieser Hinsicht keine Zweifel ließen. Einem früheren Antrag nachkommend, referierte der zweite Gewerkschafts-Kollege Fette über das Thema „Gewerkschaften und Faschismus“. Das Interesse der Abwehrfront, so führte der Referent aus, besteht auch für die freien Gewerkschaften, denn den Luxus der langanhaltenden Selbstzerfleischung kann sich die Arbeiterchaft nicht mehr lange leisten, darüber hinaus bedeutet ein Sieg der reaktionären Strömung die Zerstückelung der Organisationen. Bezugnehmend auf das 1920 erstmalig publizierte faschistische Programm, schilderte er den historischen Faschismus in Italien und zeigte die ungeheure Gefahr und die Enttötung des Proletariats, die der deutschen Arbeiterchaft durch den Faschismus bevorsteht. Die getriebene Arbeitskraft und das mangelnde Verständnis für die geschwächte Arbeiterchaft führen innerhalb dieser zu einer Kritik, bei deren Ausübung weit über den Rahmen des Ablichen und Gewohnten hinausgeschritten und so das Vertrauen zur Organisation erschüttert wird. Einig sei man sich über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus, uneinig ist man sich über die Frage der Taktik

und des Weges. Der DGB verfolgte bisher die Taktik, zu verhindern, daß Hitler auf legitimen Weg an die Macht kommt, denn einmal an die Macht gekommen, könnte eine Forderung der Wirtschaft eintreten und dieses gebe Hitler die Chance, einige Jahre die Herrschaft zu behalten.

prüfung ist in allen Fällen nach den Grundfragen des Erlasses über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 17. Juni 1932 durchzuführen. Dieser Erlass ist ein Erlass des Reichsarbeitsministers, der durch den neuen Erlass vom 21. Juni erläutert wird.

Neue Unterhaltungsätze für Kurzarbeiter. Auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Kassenanteile beauftragt, die Höhe der Unterhaltungsätze für Kurzarbeiter den Sägen in der Arbeitslosenunterstützung anzupassen.

Table with columns: Lohnklasse, Ausfall von Arbeitstagen, and Kurzarbeiter (ohne, mit 1, 2, 3, 4 ab mehr). Rows I through XI show increasing amounts for higher wage classes.

Ausdehnung des Erlasses von Kundunterschieden für Arbeitslose. Mit Wirkung vom 1. August 1932 dienen die Bestimmungen der Kundunterschieden unter den bisherigen Bedingungen auf Antrag auf Arbeitslosensein.

tags wurde der bisherige nationalsozialistische Präsident Werner mit den Stimmen des Zentrums gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wiedergewählt. Der zweite Präsidentenposten fiel auf den Zentrumsgesandten Wehler.

Verschiedene Eingänge

Die Gartenlaube Karlsruhe 1907-1932. Die Gesellschaft Gartenlaube Karlsruhe wurde als eine der ersten ihrer Art im Jahre 1907 gegründet und kam in diesem Jahr auf eine 25-jährige Erlohnfeier und wir haben zahlreich am Programm Anteil dieses Jubiläums hat die Gesellschaft die obige Festschrift herausgegeben.

Briefkasten

M. St. in P.: Mittelungen genügen; besten Dank für freundliche Bemühungen. - M. in R.: Nun müssen einmal wieder andere an der Reihe sein; Bedank für Geduld.

Verbandsnachrichten

Verhandlungen an den „Torr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10 unter „Geldzettelstelle des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ Berlin SW 61.

Von Schießen. Bei der Firma D. H. H. in Berlin ... der Herr ... werden immer noch unzufrieden über die Verhältnisse der Fabrikanten, die bei dieser Firma ohne vorherige Erlaubnis dem Vorstand ...

Adressenänderungen

Düren (Blb.). Vorsitzender: Joseph Kröcker, Bonner Platz 6.

Vorstellungskalender

Annaberg-Buchhof. Vortrag am Sonntag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im „Vollbau.“

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 56

Artikel: Gewerkschaftliche Kapitalbeschleissung? - „Unterragen am Beispiel.“ Das Gewerkschaftswesen: Die internationale Gewerkschaftsbewegung. Sozialpolitik und bürgerliches Recht: Freiwilligkeit Arbeitsdienst und Sozialversicherung.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsam veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Mai 1932 (herausgegeben am 18. Juni) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Table showing statistics for the printing industry: Verbände und Berufsgruppen, Arbeitslose am Ende des Monats, and Kurzarbeiter am Ende des Monats.

Gemeinden und Nichtanerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat dem Ersuchen der Gewerkschaften, die Nichtanerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung auszusprechen, in einem Erlass vom 21. Juni grundsätzlich stattgegeben.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenzeilige Millimeterhöhe für Stellenangebote und angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Advertisement for the history of political parties. Prof. Dr. Burgarda's work 'Geschichte der politischen Parteien'. 360 M. Orig., Preis 250 M. Porto besonders.

Advertisement for 'Angekommenes Landaufenthalts'. A guide for students and workers. Price 1.40.

Advertisement for 'Schlimm, Schließzeug', 'Schiffliche Regletten', and 'Gewerkschaftsmitglied'. Central Association of the Employed.

Advertisement for 'Max Keller'. 48 years old, former member of the Reichstag, looking for a new work environment.

Advertisement for 'Richard Hecker'. 48 years old, former member of the Reichstag, looking for a new work environment.